

# Warnung vor Kältetoten

## DGB und Linkspartei fordern Sozialtarife für Heizung

**BERLIN (AFP).** Angesichts der explodierenden Energiepreise ist die Debatte um Sozialtarife erneut hochgekocht. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Linke warnen davor, dass Zehntausende Deutsche im nächsten Winter frieren müssten, weil sie sich die Heizung nicht mehr leisten könnten. Linkenfraktionschef Gregor Gysi ging sogar von Kältetoten aus.

DGB-Chef Michael Sommer sieht die Lage dramatisch: „Es droht der erste Winter seit langem zu werden, in dem Zehntausende Deutsche frieren müssen.“ Der „Bild am Sonntag“ sagte er weiter: „Aufgrund der drastisch gestiegenen Energiepreise dürfen viele Mieter, Wohnungs- und Hauseigentümer ihre Kosten für Heizöl, Gas oder Kohle nicht mehr bezahlen können.“

Die Große Koalition forderte er zu schnellem Handeln auf: „Sinnvoll wären vernünftig gestaltete Sozialtarife“ für Heizung und Strom. Ein nach Haushaltsgröße gestaffelter Grundbedarf könnte deutlich für alle verbilligt werden. Dies sei ein starker Anreiz zum Sparen. Die Versorger sollten laut Sommer

verpflichtet werden, eine festgelegte Menge an Strom und Gas zu einem niedrigeren Preis an jeden Haushalt abzugeben. Finanziert würden die Sozialtarife aus den Gewinnen der Energieunternehmen.

Gysi sagte, die Politik müsse „die Energiekonzerne zwingen, Sozialtarife anzubieten, damit wir in Deutschland keine Kältetoten bekommen“. Er warf Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Gleichgültigkeit vor. Wenn es keine Sozialtarife gebe, müsse den unteren Einkommensgruppen anders geholfen werden. „Dann müssen wir zumindest bei Hartz IV aufstocken und bei der Grundversicherung für Rentner.“

SPD-Vorstandsmitglied Hermann Scheer kündigte eine Gesetzesinitiative für Sozialtarife an. „Wir wollen erreichen, dass Bundestagsfraktion und Bundespartei ab September einen Gesetzentwurf für Sozialtarife bei Strom und Heizung ausarbeiten“, sagte Scheer. „Es darf nicht sein, dass Menschen in Deutschland in diesem Winter in kalten Wohnungen sitzen müssen.“ Der Grünen-Politiker Volker Ratzmann plädierte dafür,

Heizkostenzuschüsse an die Pflicht zum Energiesparen zu knüpfen. Wer einen Zuschuss beantragt, solle nachweisen müssen, dass Einsparmöglichkeiten genutzt werden, sagte der Kandidat für den Bundesvorsitz der grünen Partei.

CSU-Chef Erwin Huber will hingegen die Laufzeiten der Atomkraftwerke drastisch verlängern. „Ich schlage einen Pakt vor, mit dem sich die Energiewirtschaft verpflichtet, die Gewinne aus einer Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke im Wesentlichen zur Dämpfung der Strompreis-Explosion einzusetzen“, sagte Huber. „Voraussetzung aber ist die Bereitschaft der Politik, die Laufzeiten real zu verlängern. International sind Laufzeiten bis zu 60 Jahren technisch machbar.“ SPD-Generalsekretär Hubertus Heil hielt Huber daraufhin Verantwortungslosigkeit vor. „Wer störanfällige Altmeiler bis zum Sanktnimmerleinstag laufen lassen will, handelt verantwortungslos“, erklärte er in Berlin.

> Internet

[www.weser-kurier.de](http://www.weser-kurier.de)